

# Etat erstmals in Schieflage

Gottenheim muss Kredit von 723 000 Euro aufnehmen

Bad.Zeitung 19.12.2003

VON UNSEREM MITARBEITER  
MARIO SCHÖNEBERG

**GOTTENHEIM.** Ein Defizit von mehr als 230 000 Euro wird die Gemeinde Gottenheim im kommenden Jahr erwirtschaften, geht aus dem Haushaltsplan hervor, der im Gemeinderat vorgestellt wurde. Das Defizit des Verwaltungshaushaltes wird durch eine Zuführung vom Vermögenshaushalt ausgeglichen. Dort wiederum wird eine erhebliche Kreditaufnahme unausweichlich, weil die Gemeinde Verpflichtungen zu Grundstückskäufen im Gewerbegebiet nachkommen muss und 2004 möglicherweise der Bau der Mehrzweckhalle beginnt.

„Es ist mir nicht angenehm“, betonte Bürgermeister Alfred Schwenninger, „erstmalig in meiner Amtszeit keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können“. Doch die schlechte wirtschaftliche Lage gehe auch an Gottenheim nicht spurlos vorbei. Zudem führten die hohen Umlagezahlungen nach den hohen Gewerbesteuererträgen in den Vorjahren zu der kuriosen Situation, dass die Gemeinde rund 124 000 Euro mehr Umlagen zahlen muss, als sie Schlüsselzuweisungen bekommt. Auf der Habenseite schlagen hier 1 150 000 Euro zu Buche. Davon entfallen 834 000 Euro auf den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und 200 000 Euro auf Schlüsselzuweisungen vom Land. Im Jahr 2002 bekam die Gemeinde noch knapp 550 000 Euro an Zuweisungen.

Die Kreisumlage, die nach dem neuesten Stand bei 32 Prozent bleiben soll, wird 630 000 Euro betragen, 2003 musste die Gemeinde nur rund 526 000 Euro zahlen. Die FAG-Umlage steigt ebenfalls. Sie geht von 341 000 Euro auf 423 000 Euro hoch und die Gewerbesteuerumlage erhöht sich um rund 50 000 Euro auf knapp 197 000 Euro.

Insgesamt beträgt der Verwaltungshaushalt 2004 gut 3 256 000 Euro, nach Abzug der durchlaufenden Posten bleibt ein Netto-Volumen von rund 2 760 000 Euro. Den größten Posten der Ausgaben machen dabei nach den Umlagezahlungen die Personalausgaben aus, die jedoch leicht zurückgegangen sind. Sie betragen im kommenden Jahr gut 706 000 Euro.

Der Vermögenshaushalt für das kommende Jahr hat ein Volumen von 2 265 500 Euro, in diesem Jahr waren es nur gut 1 170 000 Euro. Hier schlagen insbesondere die Ablösung der Erschließungskosten und der Grunderwerb für die Erweiterung des Gewerbegebietes Nägelsee zu Buche. Diese hatte die Firma Kommunalkonzept vorfinanziert und die Gemeinde muss nun die Kosten für noch nicht verkaufte Gewerbegrundstücke sowie deren Erschließung zur Jahresmitte 2004 übernehmen. Hier werden Kosten von rund 900 000 Euro entstehen. Optimistisch geht die Verwaltung aber davon aus, dass im kommenden Jahr Grundstücke im Wert von etwa 456 000 Euro verkauft werden können.

Ein weiterer Kostenfaktor ist neben der Zuführung zum Verwaltungshaushalt das Auslaufen von Optionsverträgen für Grundstücke zur Erweiterung des Gewerbegebietes. Sie enden zum 30. November und die Gemeinde steht dann mit gut 500 000 Euro in der Pflicht. Im Gegenzug sollen unbebaute Flächen im Wert von 227 000 Euro verkauft werden. „Wir machen Vorratspolitik, haben aber eigentlich kein Geld dazu“, beschrieb Bürgermeister Schwenninger die Sachlage. Harald Schönberger (FBL) störte sich jedoch an den optimistischen Verkaufserwartungen. Diese seien unrealistisch und Augenwischerei. Man solle doch gleich eine höhere Kreditaufnahme einplanen.

Im Haushalt vorgesehen ist zur Jahresmitte eine Kreditaufnahme von etwa 723 000 Euro, der Rücklage von derzeit gut 400 000 Euro sollen nur knapp 67 000 Euro entnommen werden. Unklar ist noch der Posten Mehrzweckhalle. Für das kommende Jahr werden weitere 168 000 Euro für die erste Bauphase eingestellt. Mit den im Jahr 2003 veranschlagten 365 000 Euro stehen dann 533 000 Euro für den Baubeginn zur Verfügung. Doch dieser soll nur dann erfolgen, wenn die einkalkulierten Fördermittel auch tatsächlich zugesagt werden.

„Der schwerste Haushalt meiner Amtszeit.“ (Kurt Hartenbach)

„Ich habe Bauchweh, es ist der schwerste Haushalt in meiner Amtszeit“, beschrieb Kurt Hartenbach (FWG) seine Empfindungen zum Finanzplan der Gemeinde. Dennoch sei er auch optimistisch. Genau so sahen es auch Birgit Wiloth-Sacherer und Wolfgang Streicher von der SPD. „Wir waren über Jahre verwöhnt, nun gilt es auch mal langen Atem zu haben“, betonte Birgit Wiloth-Sacherer. Harald Schönberger fehlte ein Posten zur Untersuchung des Kanalnetzes. Man könne doch nicht jedes Jahr bei Hochwasser nur zuschauen. Leise Kritik kam auch vom Lioba Himmelsbach (Frauenliste). Sie monierte die vielen Unabwägbarkeiten im Haushalt und regte an, die nicht zwingend notwendigen Investitionen noch mal zu überdenken. Walter Rambach (FWG) hielt dem entgegen: „Der Haushalt ist nur die Umsetzung unserer Planungen in Zahlen“. Daher könne er zustimmen. Ebenso sah dies Alfons Hertweck (CDU), der befand: „Der Haushalt ist seriös, er ist das Ergebnis von dem, was wir wollen.“

Einstimmig nahmen die Räte später den Entwurf der Haushaltssatzung an. Er wird bis zum 29. Dezember öffentlich ausgelegt und soll am 12. Januar verabschiedet werden.